

Die Berliner Volks-Zeitung erscheint täglich... Abonnementpreis für Berlin: 75 Pf. monatlich...

Berliner Volks-Zeitung mit täglichem Familienblatt und illustriertem Sonntagsblatt Abend-Ausgabe

Mittwoch, 20. Mai 1908

Insertionspreis für die Zeile 40 W. Stellenangebote und Gelde... Haupt-Expedition: SW. Jerusalemstr. 46/49.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W. Verlags-Druck: Rudolf-Mosse, Berlin SW.

Anders als sonst in Menschenköpfen

Es ist in dem Kopfe mancher nicht er die Welt. So ist es vor einiger Zeit in Berlin vorgekommen, daß der Vorsitzende einer Etschaffnung, als es sich um einen Verhörsprozeß handelte, der Meinung Ausdruck gab: Wohlthätige Mißgriffe brauchen nicht in der Presse erwähnt zu werden.

In dieser Ansicht spricht sich eine so erstaunliche Verkennung des Wesens der Bureaukratie einerseits und der Bedeutung der Presse andererseits aus, daß man sich fragen muß: Wie ist es so etwas im Zeitalter der Publizität möglich? Es ist geradezu Gemeingut geworden, daß ein Zeitungsartikel oft mehr nicht als 100 Bekohwerden...

Dennoch ist jener Berliner Staatsanwaltschaftsbeamte mit seiner Auffassung, die Presse werde zugunsten des Beschuldigten aufzufahren, seine vereinzelt Erscheinung geblieben. Seine Ansicht hat in einer Etschaffnung ein Echo gefunden.

Vom dortigen Landgericht waren am 26. Februar d. J. der Hofschmid Albert Fingler und der Arbeiter Bobitz wegen Verleumdung zweier Polizeiergenten zu Geldstrafen, wegen deselben Deliktes war der Redakteur der Freien Presse, Oskar Hofmann in Etschaffnung zu einer Geldstrafe von 100 Mark verurteilt worden.

Das Landgericht gab zu, daß der Redakteur, als Einwohner der Provinz, Verleumdung Intervenirende wahrnehmen können; es billigte ihm den Schutz des § 199 aber nicht zu, weil er den Weg der Veröffentlichung gewählt hätte, statt sich mit seiner Beschwerde direkt an die Polizeiverwaltung zu wenden.

Es war gut, daß der angeklagte Redakteur das Urteil und diese eigenartige Begründung der Verurteilung des Schutzes des § 199 nicht ruhig hinnehmen, vielmehr das Reichsgericht in die Lage versetzte, zu dem Fall Stellung zu nehmen.

Das Reichsgericht hat dies getan. Es wird uns darüber als Leizig berichtet: Die Revision des Redakteurs wurde vom Reichsanwalt für Etschaffnung erklärt. Der Redakteur habe nicht mehr Rechte als jeder andere Staatsbürger, der die Veröffentlichung eines Urteils beantragen will, oder er habe

auch nicht weniger Rechte. Das Landgericht scheint aber dieser Ansicht zu sein. In den Urteilsgründen heißt es: Dem Angeklagten S. standen an demselben Wege offen, insbesondere die direkte Beschwerde. Demgemäß mußte er sich darüber klar sein, daß eine Veröffentlichung in der Presse nur geeignet war, die Interessen zu erzeugen.

Das Reichsgericht habe in früheren Entscheidungen ausgeprochen, daß niemand auf die Wahl eines Weges zur Wahrnehmung seiner berechtigten Interessen beschränkt sei. Wenn nun ein Redakteur den für ihn am nächsten liegenden Weg der Veröffentlichung in der Zeitung wählte, so dürfe man daran nicht etwa weiteres einen Unfand finden, der die Absicht der Veröffentlichung in der Presse als geeignet war, die Interessen zu erzeugen.

Es bleibt natürlich jedem unbenommen, nach wie vor den Weg der Beschwerde zu wählen, wenn er sich in seinen staatsbürgerlichen Rechten verletzt fühlt. Aber ebenso unbenommen bleibt es, wie das Reichsgericht den Etschaffner Richtern im Gedächtnis zurückzuführen hat, jedem, dem der öffentliche Kritik zu wählen, wenn ihm dieser zweckmäßiger erscheint und wenn er vor allem schneller zum Ziele zu führen vermag. Und zwar hat dies Recht nicht bloß jeder Redakteur, weil das „für ihn am nächsten liegt“, sondern auch jeder andere Bürger. Denn, um den Satz des Reichsgerichts zu variieren: Kein Staatsbürger hat mehr Rechte als ein Redakteur, aber auch nicht weniger.

Die unabhängige Presse aber wird nach wie vor das Amt des „öffentlichen Gewissens“ ausüben, ganz gleich, ob ihr dies Recht vereinzelt Richter aberkennen oder nicht.

König Edwards Auslandsreise. Wie Londoner Blätter berichten, wird König Edward von England in nächster Zeit dem russischen Kaiserthum einen Besuch abstatten. Der König bezieht sich von Petersburg aus auf den Weg der künftigen Fahrt nach Petersburg und wird dort eine Woche verweilen.

New-York, 19. Mai. Die demokratische Staatenkonvention von Alabama und Kalifornien hat sich für die Präsidentschaftskandidatur Bryan erklärt.

Der Kaiser und Schütz.

Zur „Schütz-Affäre“ wird der „Frankf. Jtg.“ geschrieben: Neben der eigentlichen Ursache des Streites zwischen dem Grafen Göry in Schütz und der dortigen Bürgerwehr kann ich Ihnen folgendes mitteilen: Der Deutsche Kaiser weiß bekanntlich seit jedes Jahr eine Jagd zur Jagd bei dem Grafen Göry in Schütz. Um seinem hohen Gaste einen möglichst zahlreichen Wildstand bieten zu können, wird das Wild sehr gehortet und dies ist die Hauptursache des Streites. Durch das jährlich ankommende Wild von dem Grafen Göry besahen ein erheblicher Schaden zugefügt, aber keine genügende Entschädigung dafür geleistet. Dies gab zunächst den Grund zur Beschwerde, und die Gemeinde machte von dem ihr zustehenden Rechte der Abtötung Gebrauch. Wenn der Deutsche Kaiser erfährt, daß er sozulagen die indirekte Ursache des ganzen Streites ist, so muß man sich fragen, ob er wohl nicht in Zukunft dem Grafen Göry besahen die Ehre halt, fast jedes Jahr den Deutschen Kaiser als Jagdgast bei sich zu haben, so muß er auch die Bagatelle von einigen hundert Mark zur Ausgleichung des Wildschadens opfern.

Der Kaiser

ist aus Wiesbaden heute vormittag um 11 1/2 Uhr in Berlin zu kurzen Aufenthalten eingetroffen. Die Kaiserin reiste heute früh von Wiesbaden nach Bonn ab. Das Kronprinzenpaar ist heute früh aus Oshprehen in Potsdam eingetroffen.

Die Nordlandreise des Kaisers

wird, wie uns aus Kiel geschrieben wird, in diesem Jahre nach den bisherigen Dispositionen vom 5. Juli bis zum 4. August dauern. Als Ausgangspunkt der Fahrt ist im Anschluß an die Regatten der „Kaiser-Woche“ Travemünde, als Endpunkt Swinemünde in Aussicht genommen. Als Begleitflotte ist der kleine Kreuzer „Münsterberg“ in Aussicht genommen.

Das Schicksal der National-Zeitung.

Herr Kronsbain berichtet.

Durch unsere gestrige Notiz über das Schicksal der „National-Zeitung“ haben wir Herrn Kronsbain mobil gemacht. Der Schriftleiter der „Post“ hat ein Schriftstück verfaßt, das er für eine Verichtigung im Sinne des § 11 des Verleumdungsgesetzes hält, auf den er sich sogar in einem Begleitfahrschein an uns ausdrücklich bezieht. Freilich entspricht keine „Verichtigung“ nicht einmal in der Form den Anforderungen des Verleumdungsgesetzes, so daß wir schon aus diesem Grunde das Kronsbain'sche Schriftstück unserem Papierwerke unvertauselt konnten. Aber um Herrn Kronsbain die Arbeit einer Umarbeitung seiner Einwendung zu erleichtern, wollen wir Herrn Kronsbain'sches erfüllen und seine vermeintliche „Verichtigung“ wiedergeben:

Das Schicksal der „Nationalzeitung“.

Unter dieser Ueberschrift sind in der gestrigen Abendnummer der „Berliner Volkszeitung“ Mitteilungen, die der Verichtigung bedürfen, wiedergegeben worden. Ich stelle gegenüber jenen falschen Behauptungen hierdurch folgendes fest:

- 1. Es ist unvahr, daß das Schicksal der „Nationalzeitung“ sich erst nach Beendigung des Landtagswahlkampfes entschieden wird, und daß Herr Bartling die Sache bis dahin hinzuziehen laßt. Herr Bartling hat sich bereits definitiv entschieden.
2. Es ist unvahr, daß eine Ueberführung der „Nationalzeitung“ in das konservativere Lager geplant ist. Die politische Richtung der „Nationalzeitung“ wird dieselbe bleiben, wie bisher.
3. Es ist unvahr, daß der Schriftleiter der „Post“ Geschäfts-führer und redaktioneller Leiter auch der „Nationalzeitung“ werden soll. Die „Nationalzeitung“ wird einen eigenen Schriftleiter und einen, eigenen Geschäftsführer erhalten.
4. Es ist unvahr, daß der Schriftleiter der „Post“ eine Reise in das Großhändlerrevier des Westens unternommen hat, um einen Garantiefonds zusammenzubringen.
5. Es ist unvahr, daß die Veräußerung von dem Herrn Bartling in die „Nationalzeitung“ hineingeführten Kapitals von etwa 600,000 Mark (auch diese Zahl ist unrichtig, es sind mehr als 700,000 Mark) durch den Garantiefonds sicher gestellt sei, und daß hiermit zugleich die „Nationalzeitung“ endgültig der Zeitung des Schriftleiters der „Post“ inkorporiert werde. Es werden hinreichend Zinsen an Herrn Bartling, der im Gegenseite keine Pflichtwidrigkeit auch noch weiter betätigt wird, gezahlt, und zwar schon oben bemerkt, fann von einer Inkorporation der durchaus in ihrer Selbständigkeit bestehenden „Nationalzeitung“ an den Leiter der „Post“ keine Rede sein.
Berlin, 20. Mai 1908.

Dr. Wilhelm Kronsbain.

Wir müssen offen bekennen: Das Hinnsache „unvahr“ ist, sowohl was die Thatsachen, als auch die Fiktionen an — das ist auch wohl der Zweck der Ueberschrift — aber es braucht niemanden zu erschrecken. Herr Dr. Kronsbain macht nicht einmal den Versuch, sich uns gegenüber als Bevollmächtigter des Herrn Bartling zu legitimieren, der be-rechtigt wäre, namens des Herrn Bartling Erklärungen abzugeben. Schon dadurch reduziert sich das, was in dem Schriftstück des Herrn Kronsbain als „Verichtigung“ im Sinne des Verleumdungsgesetzes anzuerkennen ist, sehr erheblich. Wenn im übrigen Herr Bartling seine „Pflichtwidrigkeit“ einer „National-Zeitung“ zuteil werden lassen will, die nach Herrn Kronsbain's Behauptungen bleiben soll, was sie ist, wozu denn dann die Verhandlungen mit dem Schriftleiter der „freikonservativen“ „Post“ — der sich in seiner „Verichtigung“ als „Schlichter“ des Herrn Bartling und der „National-Zeitung“ auftritt? Wozu denn dann erst diejenigen Schritte des Herrn Bartling, die den bisherigen

Redakteuren der „National-Zeitung“ die Erklärung ab-geliefert haben, daß sie die Unterstellung der Zeitung unter Herrn Kronsbain nicht mitmachen würden? Das Vorliegen einer solchen Erklärung, der springende Punkt in unseren gestrigen Mitteilungen, wird denn auch von der „Verichtigung“ des Herrn Kronsbain nicht in Erwede gestellt. Warum schweigt sich Herr Bartling aus, der doch der in die Höhe sagt, was zu „berichtigen“, wenn er etwas zu be-richtigen hat?

Ein Protest gegen das Wahlbündnis im Barnimer Kreise.

In den Fürstentum-Sälen, Rosenfahlerstraße nahe gestern eine Protestversammlung von freisinnigen Wählern des Landtagswahl-terres Ober- und Niederbarnim, um nachmalige Stellung zu nehmen gegen das unter Billigung der Zimmerfahrer zustande gekommene Wahlbündnis der freisinnigen Volkspartei mit den konservativen. Herr Lehrer Sangert berichtete, daß die in der letzten Protestversammlung angenommene Resolution auf die Wähler des Kom-promisses im freisinnigen Wahlverein für Niederbarnim seinen Einbruch gemacht habe. Man habe dort die Kandidatur Dr. Schupp und zweier Konservativen ruhig bestehen lassen, obwohl diese Kandidatur in einer geschäftsbearbeitungswürdigen Ein-berathung der Freisinnigen im Wahlverein in Erwede ge-stellt worden sei. Unter den Wählern des Kreises wachte die Er-bitterung über dieses schmachvolle Bündnis immer mehr, und es sei ganz ausgeschlossen, daß wirklich entscheidende liberale den Kompromis-skandidaten ihre Stimme geben könnten. Um diesen Wählern die Möglichkeit zur Wahlbeteiligung zu geben, sei es notwendig daß von den entscheidenden Liberalen eigenem Kandidaten angesetzt werden. Kronsbain'sche Resolutionen wurden in Erwede ge-stellt, die auf einen Sieg dieser Kandidaten zu rechnen sei, so wüßte ihre Auffstellung doch als der beste Protest gegen den Mandatstascher der Parteileitung im Kreise betrachtet werden.

Herr v. Gerlach zweifelte an der Möglichkeit, jeht noch Kandidaten zu finden. Es empfahl sich aber, besondere demofratifche Wahl-mandate im Kreise anzuflehen, denen man ihre Entscheidung selbst überlassen konnte. Kronsbain mußte in allen höheren Orten des Kreises mit Protestveranstaltungen vorgegangen werden.

Von den meisten übrigen Rednern wurde dagegen die Notwendigkeit betont, durch die Auffstellung eigener Kandidaten den Wählern gleich zu zeigen, wozu die Kreise gehen. Strittig war in der Diskus-sion die Frage, ob es sich empfehle, durch Massenaustritt aus dem freisinnigen Wahlbündnis für Niederbarnim gegen das Vorgehen der Konservativen zu protestieren. Herr Kuffert wurde nach mehreren Rednern entgegengesetzt, die große Mehrheit des Wahlver-bandes lege nicht auf dem Standpunkt des Dr. Schupp mit seinem Wahlkompromiß. Die entscheidenden Demofraten hätten also gar keinen Anlaß, Dr. Schupp durch ihren Austritt zu erleiden. Sie müßten sich viel-mehr bemühen, Dr. Schupp und seine Helfer bei dem Kompromiß mit der Vereinstellung zu entfernen. Dazu sei die Möglichkeit durch das Bündnis gegeben, wozu dreißig Mitglieder der Entscheidung einer außerordentlichen Generalversammlung verlangen können. Auf Antrag von Dr. Weis wurde sofort ein Schreiben an den Vorstand abgefaßt, in dem um die Einberufung einer außer-ordentlichen Generalversammlung ersucht wird mit der Tagesber-echnung: Mißbilligung des Wahlbündnisses mit dem Konservativen und Austritt aus dem freisinnigen Wahlbündnis. — Die Versammlung faßte hierauf folgende von Herrn Sangert vor-geschlagene Resolution:

Die heutige Protestversammlung freisinniger Wähler aus Ober- und Niederbarnim beschließt, den Kampf gegen das konservativ-freisinnige Wahlbündnis mit aller Entschiedenheit durch Protest-versammlungen und durch die Auffstellung eigener Wahlmänner anzubahnen.

Zur Kandidatenfrage wurde schließlich folgender Antrag des Herrn Sangert angenommen: Die Verammlung freisinniger Wähler aus Nieder- und Oberbarnim beschließt, den früheren Oberk Herr Gölde in Etschaffnung, Herrn Dr. Blante in Frederdorf und Herrn Lehrer Sangert in Hermsdorf eine Kandidatur für den Landtag anzubieten.

Nach der Debatte waren noch recht intereffante Mitteilungen des Herrn Gölde über die enge Verbindung der frei-sinnigen Parteien mit dem Konservativen. Dr. Schupp, der sich den freisinnigen Wahlvereinskommissionen in Potsdam noch nicht zur Verfügung gestellt habe, werde sich den Potsdamer Wählern in einer Verammlung des konservativen Vereins in Potsdam vorstellen, so daß es für die freisinnigen unmöglich sei, ihn vor der Öffentlichkeit wegen des Kompromisses zur Rechenschaft zu ziehen. Der Potsdamer liberale Verein habe fast einstimmig den Kompromiß seine Zustimmung verweigert, ebenso wie die Vereine in den meisten anderen Orten des Kreises.

In den nächsten Tagen werden in den einzelnen Orten des Kreises öffentliche Protestversammlungen gegen das Kompromiß veranstaltet werden.

Der liberale Terrortismus.

Der in Graz und Innsbruck vertrieben Studenten-anschießungen zugrunde liegt, wurde in einer gestern abend in Wien abgehaltenen Volksversammlung der deutsch-freieit-lichen Parteien des österreichischen Abgeordneten-hauses klar verurteilt. An der Verammlung nahmen auch die Minister Dr. Verzhalta, Dr. Werschetz und Pöschel teil. Das längere Reden wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der die Ent-richtung der Parteien über den von den Liberalen ab-geordneten verurteilten Einbruch in die Organe Unfreiheit sowie über die Gewaltthatigkeiten der radikalen Studenten in Inns-bruck ausgesprochen wird. In der Resolution heißt es weiter: Die Verammlung setzt volles Vertrauen in den Unterrichtsminister, daß er die Freiheit der Wissenschaften fördern und den Geiz-Regierung verschaffen wird. Den Professoren des Sozialismus wird für die Freiheit der Wissenschaften und insbesondere der Lehren der Rechte und Freiheiten der Hochschulen der wärmste Dank ausgesprochen.



**Kleine Notizen.** Der Polizeipräsident von Berlin bringt in Erinnerung, daß die öffentliche Ordnung und Gesundheit in Berlin nur nach Ordnung, Sauberkeit und Ruhe zu erhalten ist...

**Lotterie-Gewinnliste.** Fünfte Klasse 28. Lotterie. Ziehung vom 20. Mai 13. Tag. Die Nummern, bei denen nichts vermerkt, erhalten den Gewinn von 200 M.

**Wormsitzungs-Protokoll.** 159 93 1000 800 815 1500 111 50 629 1500 116 10000 488 798 2297...

**Städtischer Schlachtviehmarkt.** Berlin, 20. Mai. Zum Verkauf standen: 1150 Rinder, 2426 Kälber, 1269 Schafe, 2329 Schweine...

**Wormsitzungs-Protokoll (cont.)** 159 93 1000 800 815 1500 111 50 629 1500 116 10000 488 798 2297...

**Wormsitzungs-Protokoll (cont.)** 159 93 1000 800 815 1500 111 50 629 1500 116 10000 488 798 2297...

**Konkurrenz.** Berlin: Großschlachtermeister August Marzitzsch, Liebigstr. 29. Verwalter: Hechme, Neue Köstr. 14...

**Beste Nachrichten.** Bonn, 20. Mai. Die Kaiserin ist heute um 11 1/2 Uhr hier eingetroffen.

**Wormsitzungs-Protokoll (cont.)** 159 93 1000 800 815 1500 111 50 629 1500 116 10000 488 798 2297...

**Wormsitzungs-Protokoll (cont.)** 159 93 1000 800 815 1500 111 50 629 1500 116 10000 488 798 2297...

**Wormsitzungs-Protokoll (cont.)** 159 93 1000 800 815 1500 111 50 629 1500 116 10000 488 798 2297...

**Wormsitzungs-Protokoll (cont.)** 159 93 1000 800 815 1500 111 50 629 1500 116 10000 488 798 2297...

**Wormsitzungs-Protokoll (cont.)** 159 93 1000 800 815 1500 111 50 629 1500 116 10000 488 798 2297...

**Wormsitzungs-Protokoll (cont.)** 159 93 1000 800 815 1500 111 50 629 1500 116 10000 488 798 2297...

**Wormsitzungs-Protokoll (cont.)** 159 93 1000 800 815 1500 111 50 629 1500 116 10000 488 798 2297...

**Wormsitzungs-Protokoll (cont.)** 159 93 1000 800 815 1500 111 50 629 1500 116 10000 488 798 2297...

